



Während die Aufwandsentschädigungen der Ratsmitglieder per Landesverordnung festgesetzt sind, entscheidet die Stadt Unna darüber, mit wie viel Geld sie die Kassen der Fraktionen ausstattet. Einmal mehr gibt es darüber nun Diskussionen.

FOTO DRAWE (A)

# CDU will Kosten des Rates senken – aber zu Lasten der „Kleinen“

UNNA. Wenn sich Politiker bei Sparbeschlüssen selbst nicht ausnehmen, klingt das gerecht. Ein Sparmodell der CDU stößt jedoch auf Kritik von anderen Fraktionen – weil es eben doch ungerecht angelegt sei.

Von Sebastian Smulka

Die Budgets der Fraktionen im Rat der Stadt Unna sind einmal mehr Gegenstand einer Streichdiskussion. Diesmal kommt der Vorschlag von einer der großen und damit besser ausgestatteten Fraktionen: Die CDU legt einen Vorschlag vor, wie Unna die entsprechenden Ausgaben kürzen könne.

Aktueller Anlass dafür ist ein anderer Antrag der CDU, der damit gegenfinanziert werden könnte, nämlich der für die Einführung einer Ehrenamtskarte in Unna. Doch zur offiziellen Begründung schreibt CDU-Fraktionschef Rudolf Fröhlich nun an den Bürgermeister, dass „in finanzpolitisch

schwierigen Zeiten auch die Politik zur Verringerung von städtischen Ausgaben einen Beitrag leisten sollte“.

Kritiker halten der CDU nun entgegen, dass sie sich dabei selbst nicht unbedingt in die erste Reihe stelle. Vor allem „Wir für Unna“ attackiert Fröhlichs Sparvorschlag, da er in seiner Ausgestaltung ungerecht sei und zu Lasten der kleineren Fraktionen im Rat gehen würde.

Aktuell erhalten alle Ratsfraktionen einen jährlichen Sockelbetrag von 12.000 Euro sowie eine monatliche Pro-Kopf-Pauschale von 400 Euro pro Mitglied. Dieses Geld wird nicht an die Ratsmitglieder ausgeschüttet, sondern dient der Geschäftsführung der Fraktionen. Sie

können damit zum Beispiel Personal, Material, Fortbildungen und Beratungsleistungen einkaufen.

Der Vorschlag der CDU zielt nun darauf ab, die Sockelbeträge von 12.000 auf 8.000 Euro abzusenken. Jede der sieben Fraktionen im Rat würde somit auf 4.000 Euro jährlich verzichten. In der Gesamtrechnung wären sie aber unterschiedlich hart betroffen. Die CDU selbst würde statt der aktuell 69.600 Euro im Jahr nur noch 65.600 Euro beziehen. Das wäre ein Rückgang um 5,7 Prozent. Für die zwei Mitglieder starken Fraktionen von FDP, FLU und Linke-Plus ginge es von jeweils 21.600 auf 17.600 Euro, also um 18,5 Prozent nach unten. Die WfU-Fraktion re-

agiert darauf mit einem Gegenvorschlag: Nicht die Sockelbeträge verändern, sondern die Pro-Kopf-Pauschalen. Würden sie um nur 50 Euro gesenkt, käme mit 28.800 Euro im Jahr sogar eine geringfügig größere Einsparung heraus als im CDU-Modell (28.000 Euro), vor allem aber eine gerechtere Verteilung. Die CDU müsste mit 7.200 Euro Einnahmerückgang eine größere Last tragen als die „Kleinen“, denen nur 1.200 Euro genommen würden. Trotzdem würde sie mit 62.400 Euro im Jahr noch deutlich mehr Geld beziehen als die Kleinstfraktionen mit dann noch 20.400 Euro. Aus Sicht der WfU-Fraktion müsste man den Pro-Kopf-Betrag aber auch um ganze 100 auf

dann noch 300 Euro senken können, was einen entsprechend höheren Sparbetrag für die Stadt bedeute.

## Klaus Göldner stark verwundert

Eine Reaktion auf ganz anderer Ebene zeigte FLU-Fraktionschef Klaus Göldner in einem Gespräch mit unserer Redaktion: Verwunderung darüber, dass sich nun ausgerechnet die CDU als Sparfraktion positionieren wolle. Göldners FLU zählte zuletzt immer zu den besonders sparsamen Fraktionen, die besonders viel Geld unverbraucht an die Stadt zurückgegeben haben. Vorstöße der Freien Liste, die Fraktionsmittel in der Breite zu reduzieren, seien aber immer abgewiesen worden – auch durch Gegenstimmen der CDU.

Der Zwist zwischen Göldner und der CDU ist allerdings auch historisch bedingt. Der FLU-Mitbegründer war einst Ratsherr und Fraktionsvorsitzender der Union, bis es zur Abspaltung kam, aus der die Freie Liste entstand. Zum Hintergrund gehört auch ein Streit zwischen Göldner und Parteichef Gerhard Meyer über die Frage, ob der großzügige Neujahrsempfang der CDU im Katharinenhof nur von der Partei oder auch aus Fraktionsmitteln finanziert werden solle.

## Der CDU-Antrag setzt sich im Hauptausschuss durch

Das Ehrenamt unterstützen und dafür als Politik selbst ein wenig zurückstecken. So hatte es die CDU als Antrag für den Haushalt eingebracht. Auf 4.000 Euro ihrer Sockelbelzuwendungen von 12.000 Euro jährlich sollte jede Fraktion verzichten. Dass dieser Sparvorschlag ungerecht sei, bemängeln die kleineren Ratsfraktionen. Doch ein Gegenvorschlag der WfU, anstatt den Sockelbetrag anzutasten,

Abstriche bei der Pro-Kopf-Pauschale zu machen, scheiterte während der Abstimmungen zum Haushalt am Donnerstagabend. Und das, obwohl in Summe mehr eingespart würde.

Während der Verlust für die kleinen Fraktionen in Prozent größer ist, wenn am Sockel gekürzt wird, geben die großen Fraktionen mehr ab, wenn es an die Pro-Kopf-Pauschale geht. Und mehr Fraktionsmitglieder

verursachten eben auch erhöhte Kosten, entgegnete Grünen-Fraktionsvorsitzende Claudia Keuchel zum WfU-Vorstöß.

Petra Weber, Vorsitzende der Fraktion Linke Plus, machte während der Debatte allerdings deutlich, dass die Kürzung um 4.000 Euro für ihre Fraktion existenzielle Probleme mit sich brächte. Gestiegene Mieten für das Fraktionsbüro und ein Geschäftsführer, der

nach Tarif bezahlt werde, haben ihren Preis. Die gesamten 12.000 Euro würden eigentlich benötigt.

Doch weder Weber noch WfU-Fraktionsvorsitzende Ingrid Kroll noch der Vorsitzende der FLU-Fraktion Klaus Göldner schafften es, mit ihren Argumenten die Mitglieder der größeren Fraktionen zu erweichen. Gespart werden soll nun, wie von der CDU beantragt, am Sockelbetrag. *dh*